



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

♀: Preußens Stellung zu Frankfurt : ein Sendschreiben an den preußischen
Minister Herrn Hansemann.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Preußens Stellung zu Frankfurt.

Ein Sendschreiben an den preussischen Minister Herrn Hansemann.

Ihre Verwaltung der preussischen Finanzen hat wesentlich dazu geholfen, den deutschen Börsen Haltung, dem industriellen Leben Muth zu geben. Wenn ich deshalb Ihren Namen einigen Bemerkungen vorsetze, welche nicht vorzugsweise die Thätigkeit Ihres Ministeriums angehen, so ersuche ich Sie darin einen Beweis persönlicher Achtung zu finden.

Das Wichtigste, womit sich das preussische Staatsministerium gegenwärtig beschäftigt, ist die Frage: welche Stellung Preußen den Beschlüssen der Paulskirche gegenüber in seinem und dem deutschen Interesse einzunehmen hat. Wenn Sie diese Zeilen lesen, werden Sie wahrscheinlich über Einzelnes bereits entschieden haben. Möge der Weg, welchen Sie einschlagen, Ihnen und Preußen zum Heil gereichen.

Von der staatlichen Concentration, welchen der Enthusiasmus des deutschen Volkes zu Frankfurt strebt, wird leider vorläufig Oestreich sich ausschließen *). In der That ist nicht abzusehen, wie nach den jüngsten Ereignissen der Kaiserstaat anders als durch gänzliche Auflösung zu festem Verband mit den übrigen Deutschen gelangen soll. Der Versuch, höchst verschiedene Bestandtheile in den Formen constitutioneller Einheit zu binden, wird allerdings scheitern. Wohl ist möglich, daß eine Constitution für den Augenblick Gallizier, Dalmatier, Böhmen, Tiroler und Wiener unter einen Hut bringt, wenn aber die Regierung des Kaiserstaates dadurch, wie sie zu hoffen scheint, die Leidenschaften und Forderungen der einzelnen Stämme, welche diametral auseinander laufen, versöhnen will, so ist sie in einem verhängnißvollen Irrthum; und wenn das frische Selbstgefühl der Oestreicher den übrigen Deutschen die Fähigkeit absprechen möchte, die verzweifelte Lage ihres Staats zu beurtheilen, so ist auch das eine gefährliche Täuschung und ein Beweis dafür, daß selbst bei einem edlen und hochherzigen Volke Selbstvertrauen nicht immer mit richtiger Einsicht verbunden ist. Die besten Folgen der bisherigen Schritte der östreichischen Regierung werden die sein, daß ein Aufschub der staatlichen Krisis

*) Wir müssen bei diesem Sendschreiben des verehrten Einsenders dieselbe Bemerkung machen, die wir seinem Schreiben an Pillersdorf hinzuzufügen uns veranlaßt fanden. Das Aufgeh'n Oestreichs in Deutschland ist eine moralische Nothwendigkeit, die durch die sehr großen, unverkennbaren Schwierigkeiten nicht aufgehoben wird.

Die Red.

bewirkt wird. Diese Krisis aber wird eintreten, und sie wird entweder die gänzliche Auflösung des Kaiserstaates zur Folge haben, oder denselben in einen Bundesstaat mit Provinzial-Souveränitäten umformen. Und wenn in beiden Fällen die Hoffnung festzuhalten ist, daß die deutschen Provinzen Oesterreichs früher oder später die Vereinigung mit Deutschland suchen werden, so muß man doch besorgen, daß dies erst spät der Fall sein wird und daß dieselben nicht die Organisation kräftiger Einheiten, sondern finanzielle Verwirrung, kraftlose Regierungen und ein gestörtes Volksleben mitbringen werden.

Es ist demnach die Gefahr, daß Einer von den drei Haupttheilen Deutschlands der jetzt versuchten Vereinigung nicht beitreten wird: sie wird sich zu begnügen haben mit einer Verbindung Preußens und der übrigen kleinen Staaten. Wenn Preußen zu dieser Coalition dem Ländergebiet und der Einwohnerzahl nach ungefähr die Hälfte beiträgt, so stellt sich die Rechnung noch ganz anders, wenn man die staatliche Kraft der beiden Theile gegeneinander abwägt. Wie es auch um das Ansehen Preußens in der Meinung des Tages stehen mag, nie und von keiner Partei darf gelängnet werden, daß ein Staat mit einem Heerbann von fast 500,000 exerzirten Soldaten, dessen bisherige Schulden eine zweijährige Staatseinnahme kaum übersteigen, dessen Verwaltung trotz aller Mängel des alten Regimes zu den besten der Welt gehört, eine große Ueberlegenheit über die gleiche Zahl von Menschen und Quadratmeilen hat, wenn diese in eine Anzahl von unmotivirten Einheiten zersplittert sind. Selbst der unbefriedigende Eindruck, welchen das erwachende Volksleben in Preußen gegenwärtig macht, darf den Erfahrungen nicht iren, denn es liegt in dem härteren und spröderen Wesen der Norddeutschen, daß jede Schwäche und Unbehilflichkeit sich leicht in unangenehmen und peinigen Formen äußert. Wenn aber Preußen bei einer Vereinigung mit den übrigen Staaten an Ansehn, Kraft und Energie bei weitem mehr als die Hälfte mitbringt, so hat es auch ein Recht zu wünschen, daß dies anerkannt werde und seine Stellung im richtigen Verhältniß zu seiner Macht sei.

Gegenwärtig ist dies nicht der Fall, Preußen hat auf die deutsche Revolution, welche ihre gesetzlichen Formen durch die Frankfurter Nationalversammlung bekommen hat, nicht den Einfluß, der ihm gebührt. Diese Empfindung lebt nicht nur im preussischen Heer, sie ist selbst bei der Partei unserer Demokraten vorhanden, welche zum Heil deutscher Einheit ein Zerfallen Preußens hoffen. Dies Letztere aber ist, wie sich die Verhältnisse seit dem Februar gestaltet haben, weder zu fürchten noch zu wünschen. Es gehört wenig Urtheil dazu einzusehen, daß die Existenz Preußens kein Zufall, keine Laune des Weltgeistes ist, sondern daß Preußen noch immer das Markenland der deutschen Völker gegen Osten, Norden und jetzt auch gegen Westen sein muß und daß die Nothwendigkeiten, welche ihm seinen Ursprung geben, so lange fort dauern, als ein slavischer, scandinavischer und französischer Egoismus vorhanden ist, welcher an den Grenzen Deutschlands eine

strenge, energische und kriegerisch behende Organisation deutscher Kraft nöthig macht. Und wenn man den gutmüthigen Schwärmern nicht zürnen kann, welche meinen, daß jetzt die Zeit der Verheißung gekommen sei, wo der Egoismus der Völker durch brüderliche Liebe und gegenseitige Achtung überwunden wäre, so soll man sich doch hüten, ihnen in der Behauptung nachzugeben, daß die Einsetzung des Kriegsministeriums des deutschen Reiches und das Aussprechen der Einheit Deutschlands genügen werde; dem Auslande Achtung vor deutscher Kraft, den einzelnen Theilen Deutschlands aber kriegerische Tüchtigkeit und Routine einzulösen. Ja es läßt sich beweisen, daß gerade bei besserer Vereinigung der deutschen Völker die Vorzüge der preussischen Individualität, deren Einseitigkeit die übrigen Stämme bis jetzt oft gedrückt hat, von größter Wichtigkeit und zum Gedeihen Deutschlands unentbehrlich sein werden. Denn wenn Preußen ohne das übrige Deutschland von der Höhe einer Großmacht, die es seiner innern Kraft nach allerdings ist, herabkommen würde und wenn selbst eine enge Verbindung mit einzelnen Staaten Norddeutschlands keine genügende Entschädigung für eine oppositionelle Stellung zu einem neuen westdeutschen Reich sein könnte, so ist andrerseits ein deutsches Reich ohne Oestreich und ohne Preußen eine kraftlose Fehlgeburt und es wäre gleichgiltig, ob bei einem solchen Reich die Königreiche Sachsen oder Baiern oder gar das kleine herrschlustige Weimar eine Hegemonie durchsetzten.

Es ist unnöthig zu erzählen, wodurch die schwierige Stellung Preußens zu der gegenwärtigen Bewegung entstanden ist, nur darüber wird kein Zweifel sein, daß sie nicht nöthig war, nicht wie bei Oestreich der Fall ist, in der Idee des Staates lag. Das ruhige Fortgehen auf dem Wege, der seit Gründung des Zollvereins eingeschlagen war, hätte Deutschland allmählig in einen Staatenbund verwandelt, dessen Präsident der König von Preußen war, der im Ausland durch die preussischen Legationen vertreten wurde, dessen innere Angelegenheiten, die des freien Verkehrs und der materiellen Interessen durch ein Bundesparlament und Commissarien desselben geordnet wurden. Dieser Weg der Vereinigung hätte vieles Gute gehabt, obgleich er wenig imponirt hätte; wir haben kein Recht zu klagen, daß das Volk selbst durch Machtprüche einen andern vorgeschrieben hat, der großen Schein für sich hat zu einer schnelleren und energischen Concentration zu führen, bei dem der ruhige Beobachter sich aber doch des gewichtigen Zweifels nicht ent schlagen kann, ob dieser nähere Weg durch die Paulskirche nicht in Wirklichkeit ein Umweg sei, der durch den Schein prächtig grader Richtung täusche, um zuletzt in die Brüche zu führen.

Wenn ich die Meinung äußere, daß es der Frankfurter Versammlung nicht gelingen wird, die Vereinigungswünsche der deutschen Stämme verständig zu befriedigen, so gestatten Sie mir auch die Bemerkung, daß ich trotzdem diese Versammlung für die edelste und größte That des deutschen Volkes seit 1813 halte, und mit Freude, ja nicht ohne Rührung sehe, wie diese Assemblée deutschen Gei-

stes und Rechtsgeföhls so sehr genau den Charakter, alle Nuancen der Persönlichkeit des Volkes selbst, seine Tugenden und Schwächen in sich darstellt. Und wenn man die Furcht hegen muß, daß die Constituante auch darin die Eigenthümlichkeit des Volkes abspiegeln wird, daß sie, selbst ein Schmerzenskind aus der Zeit idealer Sehnsucht und speculativer Träume, auch wieder nur ein Ideales; eine Art Gedicht schaffen wird, so soll man auch denken, daß sie in jedem Fall fördernd und segensreich auf neue praktische Bildungen, welche aus diesen Versuchen hervorgehen, wirken wird. Sie mögen diesen Ausgang aus jedem Blatt in der Geschichte dieser Versammlung lesen. Prüfen Sie zunächst den idealen Drang der Nation, welcher sie in's Leben rief: es war die Unzufriedenheit mit dem System der alten Monarchien, welche sich in einzelnen Staaten durch offenen Kampf gegen das Hausregiment derselben Luft gemacht hatte, es war ferner bei den kleinen Stämmen die bittere Empfindung ihrer staatlischen Ohnmacht und Kraftlosigkeit, es war, und dies ist die reellste Grundlage der Versammlung, das Bedürfniß nach freiem Verkehr, in Handel, Gewerbe und allen übrigen Aeußerungen des Volkslebens, welche Staatsgesetze zum Gedeihen bedürfen, es war Schwäche, ja Verzweiflung der alten Regierungen, welche den betäubenden Schwall der Revolution durch diese Versammlung wenigstens in ein gebahntes Bett zu bringen hofften, es war zuletzt das schöne Band der Sprache, der Wissenschaft und der historischen Erinnerungen, welches die einzelnen Stämme zusammenzog. Durch diese Bedingungen ist das Gedeihen der Constituante keinesweges gesichert. Ihre Autorität mußte unbestreitbar sein, so lange die einzelnen Völker sich schwach, entmuthigt, in Gefahr fühlten, sie bleibt in vollem Ansehen, so lange es sich in ihren Verhandlungen um allgemeine Wünsche und Begriffe handelt: gesichert in ihrem Wirken wäre sie erst dann, wenn es ihr gelänge, die realen Interessen des Handels, der Industrie, des inneren Verkehrs, das heißt den gesunden Egoismus der einzelnen Völker zu fördern. Denn ihre Majestät beruht auf nichts Anderem als auf der Achtung und Zuneigung, welche ihre Beschlüsse den einzelnen Völkern einflößen. Von dem Augenblicke, wo die Versammlung der Paulskirche es versuchte Gesetze zu geben, welche den Egoismus einzelner Völker verletzen, mußte ihre Autorität und ihre Wirksamkeit in Gefahr kommen. Und die Constituante hat Vieles gethan diese Uebelstände zu vermehren. Hervorgegangen aus einer Verbindung der Revolution mit dem Recht, hat sie vergessen, daß ein Kind der Revolution die Energie und schnelle Thatkraft seiner Mutter braucht, um zu gedeihen. Sie hat kostbare Zeit in Formstreitigkeiten, Proclamationen, einem unbehilflichen Streben selbst zu regieren, sich in einzelne Händel zu mischen verloren. Es war dies nicht Kühnheit, sondern Schwäche. Unterdeß entwickelt sich unabhängig von ihr ein neues Volksleben in den einzelnen Staaten, dort tritt an die Stelle der Unordnung und Verwirrung, freilich zögernd und allmählig, Selbstgeföhll und Thätigkeit. Die Angelegenheiten und die Regierungen des Hauses, welche

jetzt bei der Majorität der einzelnen Völker stehen, treten in den Vordergrund und die Separat-Interessen der einzelnen Staaten fangen an, ihre verständige Berechtigung geltend zu machen, deren man damals, als die Deputirten nach Frankfurt gesendet wurden, wenig gedacht hatte. Schon dadurch muß die Frankfurter Versammlung allmählig an Terrain verlieren, noch mehr aber weil sie das natürliche Bestreben aller organisirenden Mächte hat, zu Vieles schaffen zu wollen. Sie wird dadurch Collisionen mit den Souverainitätsrechten der einzelnen Staaten herbeiführen. Wenn sie z. B. ein Gewerbegesetz in die Reichsverfassung aufnähme, selbst wenn sie dabei 80 Deputirte aus dem Handwerkerstande zu Rathe zieht, mit welchem Recht will sie diese Bestimmungen gegen die sächsischen Gesetze über Innungswesen oder gegen die direct entgegenstehenden preussischen über vollständige Gewerbefreiheit durchsetzen, vorausgesetzt daß die Majorität dieser Länder sich für Beibehaltung der bisherigen Gesetze entscheidet? Ob sie sich für competente Autorität in Bezug auf Handelspolitik und industrielle Fragen hält, wissen wir noch nicht sicher, doch hat es den Anschein. Hiergegen müßte das deutsche Volk entschieden protestiren. Die Versammlung hat souveraine Autorität eine Verfassung für Deutschland zu machen, aber was darüber hinausgeht, soll sie mit Vorsicht behandeln, denn ihr Mandat ist keineswegs unbeschränkt. Doch wäre es auch in diesem und in vielen ähnlichen Fällen bei demokratischen Lebensformen gestattet, die Selbstbestimmungen einzelner Staaten vom Standpunkt der Constituante aufzuheben, und ich läugne entschieden, daß dies zulässig ist, so liegt die Hauptgefahr der Versammlung immer noch darin, daß sie, je länger ihre Mitglieder vom Hause entfernt sind, je mehr sie in der Versammlung zusammen wachsen, um so sicherer in die Gefahr kommen, uniformiren zu wollen. Den unnützen und spitzfindigen Unterschied, welchen man in Frankfurt zuweilen zwischen Bundesstaat und Staatenbund macht und die Behauptung, daß Deutschland ein Bundesstaat werden müsse, mag man ruhig hingehen lassen, es würde am besten sein, wenn man Falstaffs Unterschrift: Hans Falstaff für meine Freunde, Sir John für ganz Europa, bei dieser Frage parodirend sagen könnte: ein Staatenbund für Deutschland, ein Bundesstaat für die Feinde im Ausland; aber es gibt bedenklichere Symptome davon, daß die Constituante keine Neigung hat, Rücksichten darauf zu nehmen, wie Deutschland viel disparatere Theile und Interessen zu versöhnen hat, als selbst Nordamerika. Ueberdies wird man sich bei der größten Achtung vor den Kräften der Constituante doch der Furcht nicht entschlagen können, daß die Versammlung, wenn sie in der begonnenen Weise fortgeht, mehr als Monate zur Beendigung ihres Constitutionsentwurfes bedürfen wird, und die Geschichte lehrt, daß die Früchte langer Constituanten ungenießbar sind. In diesem Augenblick scheint die Versammlung im Zenith ihres Ansehns zu stehen und doch ist grade die Wahl des österreichischen Prinzen Johann der Aet, welcher am tiefsten in das Leben derselben einschneiden wird. Wohl war diese provisorische Wahl eine gute,

im Stillen geben alle Parteien dies zu, sie ist ein nothwendiger Durchgangspunkt in der Entwicklung unserer Verhältnisse. Selbst wenn die Voraussetzung dieser Wahl, daß Oestreich durch sie unmittelbar mit Deutschland zu verbinden ist, sich als irrig ausgewiesen haben wird, soll die Bedeutung und der Werth derselben nicht verkannt werden. Es war nothwendig eine Person an die Spitze der Bewegung zu stellen, welche Bürgschaften gebe für die Tüchtigkeit der Arbeiter und Hoffnungen für die Zukunft. Daß diese Hoffnungen nicht alle erfüllt, ja daß die Befriedigung, welche durch diese Wahl über Deutschland gekommen ist, sich als eine sehr vorübergehende ausweisen und neue Abspannungen nach sich ziehen wird, hebt die segensreichen Folgen nicht auf, welche dieser friedliche Ruhepunkt für die athemlosen deutschen Völker gehabt hat. Heinrich von Gagern hat das Beste gethan, was er unter den gegebenen Verhältnissen thun konnte und daß dadurch die Person eines liebenswürdigen Fürsten, vielleicht Gagern selbst, zu Opfern unserer Bewegung geworden sind, darf uns als ein tragisches Moment in unserem großen Entwicklungskampfe nicht irren; daß aber die Versammlung durch diese Wahl sich selbst ein Verhängniß bereitet hat, wird schon die nächste Zukunft lehren. Das neue Reichsministerium hat keine andere Grundlage als die Frankfurter Versammlung selbst, nichts für sich als die gute Meinung des deutschen Volkes. Auf solchem Hintergrunde kann man, vorausgesetzt, daß man an ihn glaubt, wohl Gesetze machen, aber man kann sie nicht ausführen, sobald die Ausführung irgendwo bedeutende örtliche Interessen verletzt, und es ist vorauszusagen, daß dies zuweilen der Fall sein wird. Die Uebernahme des Oberbefehls über sämtliche deutsche Truppen sichert z. B. die gesetzlichen Executionen ganz und gar nicht, denn da es unthunlich ist, die Heere der einzelnen Staaten in der Weise an das Reichsministerium zu fesseln, daß sie die Befehle desselben directen Gegenbefehlen ihrer Volksvertreter oder Regierungen vorziehen müssen, so ist jedes energische Stützen der executiven Gewalt abhängig von dem guten Willen der einzelnen Regierungen oder Völker, und die Nationalversammlung sowohl als ihr Ministerium sind trotz allem Schein des Gegentheils in diesem Augenblick bereits factisch der Begutachtung der einzelnen Regierungen und ihrer Volksvertreter unterworfen. Und es wird von dem guten Willen der Regierungen abhängen, ob sie ihr Veto dem Reichsverweser durch einen Gesandten privatim insinuiren, oder nach Publication des Gesetzes an die Versammlung ihrer Volksvertreter appelliren wollen. Was man mit Entrüstung gegen diese Behauptung anführen wird, daß ein vernünftiges Erkennen von der Nothwendigkeit einer starken Centralgewalt und eine liebevolle Zuneigung zu derselben im deutschen Volk allgemein sei, und daß man bei neuen großen Gestaltungen über unendlich Vieles deshalb wegkomme, weil sie das Wesen und die Aeußerung einer frischen imponirenden Kraft seien, grade das kommt auch der Opposition gegen die Centralgewalt mit demselben Rechte zu gut. Auch das mögliche, ja wahrscheinliche Auslehnen einzelner Staaten gegen die Cen-

tralgewalt soll keine Opposition beschränkter Regierungsmenschen sein, sondern ein Widerstand nationalen Willens, welcher dieselbe demokratische Basis und Berechtigung haben kann, als die Beschlüsse der Versammlung. Jedenfalls hat die Constituante durch die getroffene Wahl ihr Schicksal mit dem der Reichsverweserschaft verbunden, das Ansehen Beider wird zusammen steigen und fallen. Wer schon jetzt die Zukunft sowohl aus der Physiognomie der Gesellschaft, als aus den Personen des Reichsministeriums, ja aus der Persönlichkeit des Fürsten selbst, welcher an der Spitze steht, zu prophezeihen wagt, der übernimmt zu gleicher Zeit die Verpflichtung seine Muthmaßungen über die Folgen eines möglichen Umschlags der öffentlichen Meinung auszusprechen.

Zunächst verdankt Deutschland der Frankfurter Versammlung und der Stellung des Erzherzogs den unendlichen Vortheil, daß die einzelnen Staaten für die demokratische Umwandlung ihrer eigenen Verhältnisse Zeit und Muth gewinnen. Der Gegenwart und der nächsten Zukunft ist die große Aufgabe gestellt, in allen kleinen Kreisen des staatlichen Lebens festen Grund zu legen für den Neubau unserer Zeit. Freie Formen des Rechtsverfahrens, Selbstregiment der Stadt- und Landgemeine, freies Regieren der Landestheile und Bezirke, gerechte Prinzipien der Besteuerung, möglichst feste Verbindung des Volkes und des Heeres und vor Allem die Anfänge der socialen Reformen, welche die letzte Forderung unserer Zeit sind, können während dieses Uebergangregimentes in das Leben treten. Wird dies gewonnen, dann erst ist die wahre Grundlage vorhanden für eine freie Vereinigung der deutschen Völker, welche die Separatinteressen nicht aufhebt, sondern versöhnt. Und wenn hier die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß in dieser Zeit der preussische Staat seine Pflicht und sein Recht, die Führerschaft deutschen Lebens zu übernehmen antreten wird, so ist damit zu gleicher Zeit die Hoffnung ausgesprochen, daß es dem preussischen Volk am ersten und vollständigsten gelingen muß, die Keime des neuen Lebens in sich zu entwickeln und zur Blüthe zu bringen.

Die Beweise dafür liegen in der merkwürdigen Organisation des preussischen Staates, welcher höchst originelle, ja bewundernswürdige demokratische Unterlagen besitzt und einzelne derselben, z. B. Gewerbefreiheit, ganz radikal gebildet hat. Freilich ist das segensreiche Gedeihen dieser Institutionen überall gedrückt und beschränkt worden durch den Umstand, daß sie von der Regierung gegeben, behütet, überwacht und bevormundet worden sind, gerade dadurch entstand die seltsame Verbindung zwischen freiem Volksleben und aufgeklärtem Regierungsdespotismus, welche Preußen zu einem Gegenstand des Mißtrauens viel häufiger gemacht hat, als nöthig war. Jetzt sind alle freisinnigen Institutionen Preußens von diesem Druck befreit und können sich zeitgemäß entwickeln. Nicht die Größe des Heeres, nicht die Ordnung des Haushalts soll hierbei in Rechnung gebracht werden, wohl aber der Umstand, daß in Preußen das große Prinzip, jeder Mann sei in Waffen geübt, durch die Landwehr bereits die Anfänge volksthümlicher Gestaltung gewon-

nen hat, der Umstand, daß die preußische Klassensteuer, deren Vertheilung und Aufbringung durch die Communen der vernünftigen Abgabenform, einer Einkommensteuer, welche durch das Volk selbst erhoben und in die Staatskasse geliefert wird, näher kommt als das Steuersystem irgend eines andern Staates. Dazu kommt, daß Preußen in der Städteordnung und der Crystallisation der Communen zu einzelnen Kreisen vortreffliche Basen für ein Selbstregiment des Volkes findet. Kein anderer Staat hat ferner mit solcher Mäßigung, Ausdauer und Gesetzeskraft so schwierige Verhältnisse zu reguliren begonnen, als der preußische bei Entschädigung einzelner Gewerbeberechtigten in den Städten, bei Lösung der bauerlichen und gutherrlichen Verbindung zu überwinden hatte. Was man auch im Einzelnen an den Prinzipien der bauerlichen Ablösungen aussetzen und ändern muß, im Großen betrachtet ist die fünfundzwanzigjährige Thätigkeit der Ablösungscommissionen eine so weise Maßregel gewesen, daß die Wirkungen derselben zumieist dazu beigetragen haben, den preußischen Staat zu einem Vertreter deutscher Freiheit gegen die patriarchalische Hörigkeit slavischen Lebens zu machen. Selbst in der gründlichen Bildung seiner Beamten, der großen Kraft und Ehrlichkeit seines Richterstandes besitzt Preußen eine Macht, welche, wie auch ihre bisherige Verwendung war, von jetzt ab viel dazu beitragen wird, Erfahrung und Weisheit in den neuen Lebensformen heimisch zu machen. Rechnen Sie noch den Umstand dazu, daß Preußen in der Zeit eines unbeschränkten Monarchismus sehr glücklich vermieden hat, eine schädliche Centralisation der Intelligenz und der Verwaltung in seiner Residenzstadt zu bewirken, so daß die einzelnen Provinzen freie Verbündete und nicht Knechte Berlins geblieben sind, lassen Sie auch den Vortheil gelten, daß Preußen in diese finanziell schwierige Zeit ein, mit Ausnahme der Ostbahn, fertiges Eisenbahnnetz gebracht hat; ja lassen Sie selbst ein großes Unglück Preußens nicht aus der Rechnung, den Umstand nämlich, daß die furchtbare Hilfslosigkeit, an welcher einzelne Theile des Landes leiden, die Passdistricte Oberschlesiens, die Bezirke der Weber und Spinner, dem Staat die zwingende Nothwendigkeit auflegt, eine Versöhnung socialistischer Ideale mit dem praktischen Staatsleben durchzusetzen; bringen Sie Alles dies in Rechnung, so finden Sie darin einen Antrieb und eine Bürgschaft dafür, daß die Entwicklung preußischer Kraft und preußischen Volkslebens eine energische, imponirende und heilvolle werden muß. Da die Aufgabe Ihres Volkes und Ihrer Regierung eine so große und viel verheißende ist, so mögen Sie, so mag das preußische Volk auch mit ruhigem Vertrauen und mit Hoffnung die Verwickelungen ansehen, in welche vielleicht das preußische Selbstgefühl dem der übrigen Stämme gegenüber kommen kann.

Was Ihre Regierung bis jetzt gethan hat, den Beschlüssen der Paulskirche entgegen zu kommen, war loyal und verständig, auch die Erklärung des Ministerpräsidenten von Auerswald wegen Uebernahme der preußischen Kriegsmacht durch den Reichsverweser, war eben so klug als offen. Vielleicht war die Form, in

welcher das Reichsministerium die Aufforderung erließ, nicht passend, doch jetzt ist keine Zeit, wo man ein Recht hat, ängstlich an Formen zu mäkeln. Vereinigung des Commandos in einer Hand ist nothwendig; daß an die Stelle eines Bundesfeldherrn der Reichsverweser getreten, ist der Sache nach durchaus nicht bedenklich. Aber auch in der Zukunft möge Ihr Ministerium den wichtigen Grundsatz festhalten, daß eine Opposition gegen die Paulskirche im Interesse Deutschlands, im Interesse Preußens so lange zu vermeiden ist, als die Versammlung und ihre Executivgewalt die nationalen Interessen Deutschlands nicht verletzen, daß Preußen aus Klugheitsgründen am meisten Opposition zu scheuen hat. Und vorläufig ist nicht zu fürchten, daß die Beschlüsse der Versammlung zu einer Gefahr werden. Sollte aber je der Tag kommen, wo eine unselbige Eile oder Bedenklichkeit, etwa in der italienischen Frage, oder in den gefährlichen Punkten, wo die österreichischen und deutschen Interessen nicht Hand in Hand gehen, zu Tage käme, in diesem Falle, der jedem deutschen Mann als ein großes Unglück erscheinen müßte, gibt es für Ihr Ministerium, für Preußen nur den einen gesetzlichen Weg des Widerstandes, daß Sie, wenn Ihre Vorstellungen in Frankfurt ungehört verhallen, den Vertretern des preußischen Volkes die Frage zur Entscheidung und Beschlußnahme vorlegen. In solchem Fall aber darf die Krone Preußens nicht mit Anträgen und Beschwerden vor ihr Volk treten, sondern sie dürfte nichts thun als offen und männlich den Rath und das Urtheil ihrer Constituante erbitten.

Zweierlei aber mag das preußische Volk in allen seinen politischen Fractionen vor Augen behalten, erstens, daß Preußen die innige Verbindung mit dem übrigen Deutschland eben so wenig entbehren kann, als die kleinen Staaten die Vereinigung mit Preußen, und zweitens, daß die Stellung und das Ansehen, welches jeder einzelne Staat in der neuen Vereinigung einnehmen wird, nicht durch provisorische Beschlüsse und Stimmungen, auch nicht durch historisches Selbstgefühl und abschließendes Vertrauen auf die gegenwärtige Macht bewirkt werden kann, sondern abhängig ist von dem Grade, in welchem es den einzelnen Völkern, großen oder kleinen, gelingt, in ihrem Hauswesen sich vernünftig und tüchtig zu organisiren. Und wenn Preußen, wie wir Alle hoffen, dies bei sich durchsetzt, so wird und muß es einst die Führerschaft Deutschlands übernehmen. Es wird dies keine Hegemonie der Regierung über andere Regierungen, sondern eine Folge der Achtung und Zuneigung sein, welche der Größte und Tüchtigste sich unter freien Gleichberechtigten gewinnt.

♀